



Anzeige



[Nachrichten](#) [Markt](#) [Community](#) [Service](#) [Programm](#) [Finder](#) [Essen&Trinken](#)

Der Tagesspiegel

- * Tagesinhalt
- * Thema des Tages
- * Politik
 - * Innenpolitik
 - * Außenpolitik
 - * Politische Literatur
 - * Interview
- * Dritte Seite
- * Meinung
- * Berlin
- * Brandenburg
- * Wirtschaft
- * Sport
- * Kultur
- * Wissen & Forschen
- * Interaktiv
- * Medien
- * Weltspiegel
- * Sonntag
- * Sonderseiten
- * Serien

Archiv

- * Tagesspiegel-Suche
- * Jahresüberblick
- * Rechercheauftrag
- * Genios-Archiv

Service

- * Anzeigenmarkt
- * Abonnement
- * Impressum
- * Mediadaten



Nachrichten : Politik : Innenpolitik
14.10.2001

Radaropfer**Kritik am Sonderbeauftragten****Bundeswehrverband fordert Rücktritt / Opfer: Verfahren verzögert**

Claudia Lepping

Der Streit zwischen Bundesverteidigungsministerium und den vermutlich röntgenverstrahlten früheren Radartechnikern der Bundeswehr gewinnt wieder an Schärfe. Nach fast vier Monaten Burgfrieden fordert der Bundeswehrverband, die "Gewerkschaft" der Soldaten, jetzt den Rücktritt des jüngst von Verteidigungsminister Scharping ins Amt berufenen Sonderbeauftragten, Ministerialdirigent Birkenheier.

Der Verband wirft dem für die Entschädigungsfrage und damit für die Versorgungszahlung zuständigen Birkenheier Verzögerung und Parteilichkeit vor. Scharping hatte Ende Juni angekündigt, noch bis Jahresende erste Entschädigungszahlungen an die schwerst krebserkrankten Männer zu leisten. Das Ministerium räumt ein, erst jetzt zu prüfen, ob und in welcher Intensität Strahlenemissionen von den früheren Radaranlagen ausgegangen sind. "Mit ersten Zwischenergebnissen wird in Kürze gerechnet." Da die damaligen Geräte längst ausrangiert wurden, ersetzt die Arbeitsgruppe die Messungen durch Hochrechnungen zur Röntgenstrahlung einzelner Gerätetypen.

Diese Untersuchungen stoßen bei den betroffenen früheren Radartechnikern auf Protest. Denn als sie damals zum Teil defekte Anlagen warteten und reparierten, ist Strahlung nur selten gemessen worden. Das hatte auch die Sonderkommission des Ministeriums unter dem früheren "Zeit"-Mitherausgeber Theo Sommer festgestellt. Bis in die achtziger Jahre hatte die Bundeswehr weder ausreichend Dosimeter eingesetzt noch die Strahlenschutzbestimmungen in ihre Dienstvorschriften übernommen.

Dennoch tragen die Opfer die Beweislast. Wenn ein krebserkrankter Radartechniker eine "Wehrdienstbeschädigung" beantragt, muss er seine Strahlen-Einzeldosis nachweisen. "Minister Scharping ist gefordert, das Spiel auf Zeit sofort zu beenden", so der Bundeswehrverband. Die Selbsthilfegruppe der Radaropfer sagt: "Wenn Scharping so weitermacht, werden wir die Entschädigung nicht erleben."

[Zum Seitenanfang](#)

2001 © Tagesspiegel Online Dienste Verlag GmbH